

Der Beitrag Deutschlands und Europas zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern

von Judith Bernstein¹

Was kann, was muss Europa tun, um zu einem dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern beizutragen? Bisher hat ihre Politik versagt. Vielleicht liegt es daran, dass man den Konflikt durch eine europäische Brille sieht – der Nahe Osten ist nicht Europa – und die Uhren dort anders laufen. Es geht nicht um Vernunft und Rationalität. Wäre es anders, hätten die Israelis schon längst gemerkt, dass die Zeit gegen sie läuft. Die Mächtigen in Israel verstärken die Ängste ihrer Bevölkerung mit dem Trauma eines zweiten Holocaust. Die Arroganz der Macht verleitet Soldaten dazu, an den „checkpoints“ und in den palästinensischen Gebieten die dortige Bevölkerung zu demütigen und zu schikanieren. An die Adresse seiner Regierung hat der frühere israelische Außenminister Shlomo Ben-Ami die Warnung vor einer selbstzerstörerischen Hybris gerichtet.

Der Besuch der deutschen katholischen Bischöfe im Heiligen Land im März und die unverhältnismäßig schroffen Reaktionen haben hohe Wellen geschlagen und noch einmal verdeutlicht, wie schwierig die sachliche und konstruktive Diskussion zum Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis ist. Die Situation vor Ort ist schlimm genug, als dass der argumentative Rückgriff in die deutsch-jüdische Geschichte notwendig gewesen wäre. Im Gegenteil: Der Verweis auf den Holocaust steht unserem Verständnis des Konflikts diametral im Wege, zumal wenn sich jeder seiner inflationär bedient. Auch mancher Palästinenser vergleicht die Nakba – die Katastrophe von Flucht und Vertreibung im Zuge der Staatsgründung Israels 1948 – mit dem Holocaust. Andererseits verbitten sich viele Juden und Israelis jede Kritik an der israelischen Politik und entschuldigen ihr Verhalten gegenüber den Palästinensern mit Erinnerungen an den Holocaust. Auf diese Weise gerät die Lage der Palästinenser völlig ins Abseits. Daher sollte der Holocaust dort belassen werden, wo er hingehört: in die deutsche und europäische Zeitgeschichte als Mahnung für alle Zeiten. Der Vergleich zwischen dem Holocaust und der Besatzungspolitik dient weder den Palästinensern noch den Israelis. Die Diskussion um den Holocaust wird immer auf die Frage gelenkt, ob man einen Vergleich zwischen der Shoah und der Politik Israels überhaupt ziehen darf.

Auch die Auffassung, dass aus der Verantwortung der Deutschen für das, was im Dritten Reich passiert ist, ein Dreiecksverhältnis konstruiert wird, das die Palästinensern einschließt führt in die Irre. Die historische Verantwortung der Deutschen bezieht

¹ Die Autorin hat diese Überlegungen bei einer Tagung des „Dietrich-Bonhoeffer-Vereins“ am 14.04.2007 in der Ev. Akademie Arnoldshain vorgetragen.

sich allein auf das jüdische Volk, während das politische Schicksal der Palästinenser weitgehend in den Händen der Israelis liegt. Der Zusammenhang zwischen deutscher Geschichte und dem Staat Israel besteht darin, dass viele Juden, die keine Zionisten waren, nicht nach Palästina gegangen wären, wenn sie nicht um ihr Leben gekämpft hätten (um zu überlegen). Hätte Israel eine andere Politik gegenüber den Palästinensern verfolgt, würde niemand von der Verantwortung der Deutschen für die „Opfer der Opfer“ sprechen. Deshalb sollen die Deutschen und die Europäer dafür sorgen, dass eben Israel diese Politik ändert. Die Bundesrepublik und die EU sind dazu aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass sich Israel aus den palästinensischen Gebieten zurückzieht und die Menschenrechte der Palästinenser anerkennt, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Solange die Europäer keinen Druck auf Israel ausüben und Israel weiterhin gewähren lassen, so lange wird die israelische Regierung ihre Politik gegenüber den Palästinensern nicht wesentlich ändern. Es kann nicht sein, dass ein Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen ist und die Genfer Konventionen unterschrieben hat, sich weder an UN-Resolutionen hält, noch die Menschenrechte des Nachbarvolkes achtet. Die Europäer müssen Israel klarmachen, dass jede Art von Menschenrechtsverletzung inakzeptabel ist. Eine berechtigte Kritik an der Politik Israels ist keineswegs Antisemitismus. Im Gegenteil: Wer gegen Antisemitismus, Islamophobie und Ausländerfeindlichkeit kämpft, kann seine Augen vor Menschenrechtsverletzungen nicht schließen. Es muss der israelischen Regierung klargemacht werden, dass die dauerhafte politische Existenz des Landes von einem souveränen Staat Palästina an seiner Seite und vom Frieden mit den arabischen Nachbarstaaten abhängt. Ansonsten wird Israel immer als Fremdkörper in der Region wahrgenommen werden und nicht zu Ruhe kommen.

Was könnte Europa also tun? Zum Beispiel könnte man sich weigern, israelische Produkte zu kaufen, solange Israel nicht bereit ist, den Ursprungsort dieser Produkte zu kennzeichnen. Man könnte Handels- und Wirtschaftsabkommen aussetzen. Allerdings die israelische Mentalität kennt, weiß, dass dies auch ins Gegenteil umschlagen kann. Viele Israelis meinen, dass die ganze Welt gegen sie sei, und fühlen sich durch einen Boykott in dieser Haltung zusätzlich bestätigt. Die biblische Metapher vom Volk, das alleine lebt, ist für viele Israelis aktueller denn je zuvor.

Wichtiger jedoch ist, den Israelis zu beweisen, dass die Politik ihrer Regierungen selbstzerstörerisch ist. Natürlich sind es vor allem die Palästinenser, die unter diesem Zustand leiden, aber auch Israel ist stark betroffen. Die moralische Korruption der Besatzung ist aus dem Alltag der Israelis nicht wegzudenken. Sie reicht von der wachsenden Gewalt in den Familien über das Verhalten von Schülern untereinander bis zu den Korruptionsvorwürfen bei Regierungsbeamten, Finanzbehörden und Polizei. Er

gipfelt in dem erstaunlichen Vorschlag des gegenwärtigen Justizministers Daniel Friedman, dem Obersten Gericht die Befugnis zu entziehen, sich mit Angelegenheiten der staatlichen Sicherheit zu befassen. Da in Israel fast allen öffentlichen Angelegenheiten ein sicherheitspolitischer Charakter zugeschrieben wird, läuft der Vorschlag auf das Ende der Gewaltenteilung hinaus. Daher ist es die gemeinsame Aufgabe, die Israelis davon zu überzeugen, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Besatzung zu beenden. Ansonsten werde der Prozess des Zerfalls Israel – der „Zerbröselung“, wie viele Israelis fürchten – nicht zu stoppen sein.

Diese Selbstverpflichtung ist nicht leicht. Die Kluft zwischen der offiziellen und der öffentlichen Meinung in Deutschland wird immer breiter. Während die Politiker unermüdlich die „ausgezeichneten Beziehungen“ loben, ist die Stimmung gegenüber Israel und mittlerweile auch gegenüber den Juden in der Bundesrepublik in teilweise aggressive Tonlagen umgeschlagen. Viele Menschen können und wollen die Politik Israels und das Verhalten zahlreicher Israelis gegenüber den Palästinensern nicht nachvollziehen. Die wachsenden antijüdischen Einstellungen und Gefühle in Deutschland hängen stark mit der Fortdauer des Konflikts zusammen. Bei Veranstaltungen zum Thema Nahost werden selbst solche Israelis in die Ecke gedrängt, deren Kritik an der Politik ihrer Regierung dem Publikum nicht weit genug geht, während Juden und Israelis, die extreme und teils israelfeindliche Positionen vertreten, bejubelt werden, weil sie die eigene ideologischen Bedürfnisse befriedigen. Wir sollten nicht vergessen, welchem politischen Druck und welchen Gefahren der sozialen Isolation Israelis zu Hause ausgesetzt sind, die aus Gründen der Liebe zu ihrem Land die Politik der Regierung nicht gutheißen können.

Die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Dialoggruppen auf beiden Seiten ist ein wichtiger Beitrag von bleibender Bedeutung. Dabei kommt es darauf an, nur solchen Israelis und Palästinenser in Deutschland ein Forum zu bieten, die für einen friedenspolitischen Ausgleich stehen. Es hilft nicht weiter, wenn nur solche Leute einladen werden, die die Konfrontation verschärfen. Gleiches gilt für die Förderung von Begegnungen zwischen palästinensische und israelische Kinder und Jugendliche. Obwohl beide Völker auf engem Raum „zusammenleben“, ist es erstaunlich, wie wenig sie voneinander wissen. Die Palästinenser werden von der Mehrheit der Israelis als Terroristen wahrgenommen, während für viele Palästinenser jeder Israeli ein Besatzer ist. Die über achthundert festen und mobilen „Checkpoints“ und die „Trennungsmauer“ haben diese Entfremdung weiter getrieben. Da es den Israelis untersagt ist, in die besetzten Gebiete zu gehen, kennen nur wenige die dortigen Lebensbedingungen. Die Investition in eine gemeinsame Erziehung in Form gemeinsamer Lernaufenthalte im

Ausland und in der pädagogischen Arbeit vor Ort ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunft beider Völker.

Die größte Aufgabe hierzulande besteht freilich darin, den Politikern nicht nur die Augen für die Lebenswirklichkeit in den palästinensischen Gebieten zu öffnen, sondern sie dazu ermutigen, daraus angemessene Konsequenzen zu ziehen. Europa muss endlich Farbe bekennen und seine Politik der doppelten Moral im Nahen Osten beenden. Es ist richtig, von der palästinensischen Regierung die Anerkennung des Staates Israel zu verlangen, dem Terror abzuschwören und bestehende Vereinbarungen einzuhalten. Im gleichen Atemzug muss jedoch auch von der israelischen Regierung verlangt werden, umgehend die notwendigen Schritte zur Gründung eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina einzuleiten, die militärischen Interventionen zu beenden und bisherige Verträge und internationale Resolutionen einzuhalten. Wenn Hamas kein Partner für Israel ist, dann kann auch den Palästinensern nicht zugemutet werden, eine nationalistische Partei wie „Unser Haus Israel“ mit Avigdor Lieberman an der Spitze als Partner zu akzeptieren. Deutsche Parteien, politische Stiftungen und manche Medienvertreter müssen auch den selbstverständlichen Mut haben, nicht bei jedem Vorwurf von Seiten Israels oder des Zentralrats der Juden in Deutschland einzuknicken.

Eine große und vielleicht die letzte Chance, das Blatt zugunsten eines Ausgleichs zwischen der arabischen Welt im allgemeinen und den Palästinensern im besonderen und Israel zu wenden, war die Konferenz der Arabischen Liga im saudischen Riad. Denn falls die von dort ausgehenden Signale wie alle vergangenen Initiativen der gegenseitigen Anerkennung im Sande verlaufen, wird der Frieden in noch weitere Ferne rücken. Dies würde nicht nur für Israel eine gefährliche Situation schaffen, sondern für alle „moderaten“ arabischen Regimes, da die fundamentalistischen Kräfte aufgrund des Versagens der politischen Klassen immer mehr Zulauf erhalten.

Ein Frieden zwischen Palästinensern und Israelis wird nicht alle Probleme in der Region lösen. Aber er dürfte eine Dynamik in Gang setzen, die den Extremisten den Boden für ihre Agitation und ihr Handeln entzieht. Die Palästinenser sind für die arabische und die moslemische Welt zum Symbol der kolonialen Unterdrückung geworden, das von innenpolitischen Problemen ablenkt und zu einer umfänglichen Solidarisierung verführt, die die Idee des Friedens zusätzlich beschädigt. Da dieses Phänomen nicht an den Grenzen Europas haltmacht, müssen mutige Entscheidungen auch im deutschen Interesse liegen.

www.reiner-bernstein.de

www.genfer-initiative.de